

# Polizeigewerkschaften machen gegen ihren Minister mobil

Unter Gewerkschaftern gilt die geplante sächsische Polizeireform als „Mogelpackung“. Alles Stimmungsmache, keilt der Innenminister zurück.

VON UWE KUHR

**DRESDEN** – Die beiden Polizeigewerkschaften in Sachsen ziehen an einem Strang, um ihren Druck auf das Innenministerium zu verstärken. Sie eint ihre Zweifel an der geplanten Polizeireform. „Wir werden weder einbezogen noch gefragt“, beklagte Hagen Husgen, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), gestern in Dresden und konnte sich dabei der Rückendeckung von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) sicher sein. Deren Landeschef Frank Conrad meint, das Konzept lasse zu viele Fragen offen.

Conrad kündigte gestern ein eigenes Strukturmodell bis Ende Januar an. Seine Gewerkschaft, die vor allem die Beamten vertritt, sorgt derzeit für Furore, weil sie von ihren Mitgliedern als Druckmittel Dienst

nach Vorschrift fordert. Dazu gehören auch, auf Bußgelder zu verzichten. Damit sei diese Woche begonnen worden, um die von der Regierung geplante Streichung des Weihnachtsgeldes anzuprangern.

Im Kern der Reformpläne von Innenminister Markus Ulbig (CDU) soll die sächsische Polizei bis 2020 von derzeit 13.200 Stellen auf künftig 11.300 eingekürzt werden. Dabei sollen Streifendienst, Bürgerpolizisten und Bereitschaftspolizei bleiben und vor allem die Verwaltung schrumpfen. Letztere soll bis zu 1250 Stellen verlieren, sagte Husgen, was er für völlig unrealistisch hält.



**Frank Conrad**  
Landesvorsitzender  
der Deutschen Polizeigewerkschaft

FOTO: FALK BERNHARDT

Deshalb konzentrieren sich die Gewerkschaften auf Streifendienst, Bürgerpolizisten und Bereitschaftspolizei. „Die vorliegenden Vorstellungen sind Mogelpackungen“, ist sich die GdP sicher. Selbst wenn die Zahl der Streifenpolizisten konstant bliebe, würden bei der erwarteten

Schließung von Revieren die Wege für die Streifen deutlich länger. Außerdem fehle bisher ein ernsthafter Ansatz, so genannte polizei-ferne Leistungen zu streichen. Dazu gehörten nicht nur die Begleitung von Schwerlasttransporten. Vielmehr würden schon heute Polizisten zur Justiz abgeordnet, um Gefangenen Transporte zu eskortieren oder in Gerichtsgebäuden Personen zu kontrollieren, „weil Sachsens Justiz nicht in der Lage ist, ihre urreigensten Aufgaben zu erfüllen“, so Husgen.

Aber nicht nur hier stecke der Teufel im Detail. Conrad verweist auf die Bürgerpolizisten. Sie sollen



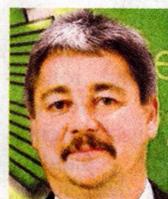
**Markus Ulbig**  
Sächsischer  
Innenminister

FOTO: MATTHIAS RIETSCHEL/DAPD

künftig nach dem Schlüssel ein Bürgerpolizist auf 7500 Einwohner in „einem engmaschigen Netz“ bereit stehen. Die GdP hat für die Polizeidirektion Südwestsachsen errechnet, dass für diese Region 78 Bürgerpolizisten notwendig wären. „Heute gibt es nur 23 Beamte.“ Das Revier Mari-

enberg sei für 84.000 Einwohner zuständig: Statt der nötigen elf Bürgerpolizisten gibt es lediglich drei. Knapp geht es bei der Bereitschaftspolizei zu. Der Innenminister will die acht Hundertschaften erhalten. Husgen und Conrad verweisen darauf, dass deren Mannschaftsstärke derzeit maximal sieben knapp besetzte Einheiten ergebe.

Ulbig verteidigte gestern in den Polizeidirektionen Chemnitz und Leipzig seinen Reformansatz. „Sachsen soll eines der sichersten Länder in Deutschland bleiben“, sagte er vor Revierleitern. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Polizei mit dem



**Hagen Husgen**  
Landesvorsitzender  
der Gewerkschaft der  
Polizei

FOTO: GDP

gesellschaftlichen Wandel Schritt halten. Zugleich kritisierte er einzelne und unsachliche Meinungsäußerungen einzelner Gewerkschaftsführer. Diese aktuelle Stimmungsmache schade der Polizei, so Ulbig. „Letztendlich untergräbt sie das Vertrauen der Menschen in die Polizei.“